

Mit Füßen getreten

Überhangmandate: „Rot sticht Schwarz aus“, FR-Tagesthema vom 28.9.

Ich habe erhebliche Zweifel, ob diese Bundestagswahl verfassungskonform war. Dies betrifft insbesondere die von der großen Koalition verabschiedete Wahlrechtsnovellierung, in der u.a. festgelegt worden ist, dass die ersten drei Überhangmandate einer Partei bei der Ermittlung der Ausgleichsmandate keine Berücksichtigung finden. Damit wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der im Bundestag vertretenen Fraktionen zueinander mit Füßen getreten. Dummheit – in dem Sinne: „Wenn wir gewusst hätten, dass ...“ – können die parlamentarischen Befürworter dieser Regelung nicht vorschreiben. Schließlich hatte das Verfassungsgericht 2012 mit genau dieser Begründung die fehlende Verfassungskonformität des Wahlgesetzes festgestellt und dessen Novellierung gefordert. Die Parlamentarier sind auch eindringlich von Experten im zuständigen Ausschuss Inneres und Heimat darauf hingewiesen worden (s. Protokoll der 100. Sitzung dieses Ausschusses vom 5.10.2020). Offenbar muss mittlerweile unser Grundgesetz vor den hoffentlich bald abdankenden Großkoalitionen dieses Parlaments geschützt werden. Peter Leiß, Berlin

Transparenz und Integrität

Gastwirtschaft: „Lobbyismus abwählen“, FR-Wirtschaft vom 24.9.

Die Haltung der SPD zu Lobbyismus und Transparenz darauf zu reduzieren, Olaf Scholz mache im „Warburg-Skandal“ „riesige Gedächtnislücken“ geltend, befremdet in mehrfacher Hinsicht: Noch im März des Jahres hatte Lobbycontrol die bevorstehende Verabschiedung des Lobbyregistergesetzes trotz einzelner Kritikpunkte als „Meilenstein“ begrüßt und dabei die SPD als treibende Kraft innerhalb der Koalition benannt. Davon in diesem Beitrag keine Rede mehr. Die stattdessen bemühten „riesigen Gedächtnislücken“ bestanden darin, dass sich Olaf Scholz an zwei einzelne Gesprächstermine mit der Warburg Bank im Jahr 2016 einige Jahre später nicht mehr erinnern konnte. Vollkommen transparent – und das ist entscheidend – sind aber Gegenstand und Ergebnis der Gespräche. Es ging um die steuerliche Behandlung von Cum-Ex-Geschäften der Bank. Die vom Untersuchungsausschuss vernommenen Zeug:innen haben die Aussage von Olaf Scholz klar bestätigt, dass es seinerzeit weder Zusagen gegenüber der Warburg Bank noch eine interne Einflussnahme auf die Finanzverwaltung gegeben hat. Sämtliche Aussagen waren in der Presse nachzulesen.

Gerade wer so vehement Transparenz und Integrität einfordert, sollte dies auch bei der eigenen Argumentation beherzigen. Angela Burmeister, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210927

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das Liebfrauenforum über Obdachlosigkeit in Frankfurt. Auf dem Podium sitzen Kapuzinermönch Bruder Paulus, die Frankfurter Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP) und Bernd Reising, Gründer der Stiftung „Helfen helfen“. Anmeldung unter kek.frankfurt@bistum-limborg.de. Es gelten die 3G-Regeln. Auf dem Youtube-Kanal des Bistums Limburg gibt es einen Livestream. **Donnerstag, 7. Oktober, 19.30 Uhr Liebfrauenkirche, Frankfurt**

Das reicht nicht für den nötigen Ruck

Zum Ausgang der Bundestagswahl: „Merks Erbe“ und „Scholz überrascht alle“, FR-Titel und -Tagesthema vom 27.9.

Auf dem Gleis nach „Weiter so!“

Sobald der Pulverdampf der Wahl verhaucht ist, wird sich aus dem Nebel eine Jamaika-Koalition abzeichnen. Laschet und Söder haben ja bereits vor dem amtlichen Wahlergebnis verkündet, dass sie mit Zähnen und Klauen die Regierungsmacht der Union zu verteidigen gedenken und wissen schließlich auch das Machtzentrum der Wirtschafts- und Finanzlobby an ihrer Seite. Die Lindner-FDP schwimmt ohnehin auf der gleichen kapitalistischen Wellenlänge. Und wenn es um Machtbeteiligung geht, werden auch die Grünen weich werden, wie sie es auf Länderebene schon hinreichend bewiesen haben. Von wegen Protest-Partei.

In einer Jamaika- bzw. Schwarze-Ampel-Konstellation erreichen CDU/CSU und FDP überdies die erdrückende Mehrheit, die ausreicht, um den grünen Juniorpartner zurechtzustutzen und ihre schwarzgelben Profitinteressen durchzusetzen. Die meisten der hehren grünen Ziele dürften zwangsläufig über Bord gehen, und in Sachen Klimaschutz müssen sich die Grünen schlussendlich mit Laschets und Lindners technischen Innovationsversprechen begnügen. Die Weichen sind damit aufs „Weiter-so“-Gleis gestellt, und das Signal steht auf Schwarz-Gelb-Grün! Joachim Bohndorf, Bensheim

Von welchem „klaren Auftrag“ spricht Laschet?

Die Union hat ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 erzielt. Und danach sagt ihr Spitzenkandidat Armin Laschet: „Wir als Union haben von unseren Wählern einen klaren Auftrag erhalten.“ Wie könnte dieser klare Auftrag aussehen? Schließlich hat die Union 8,8 Prozent an Stimmen verloren.

Fritz Brehm, Frankfurt

Grüne und Marktradikale sind jetzt Königsmacher

Die SPD ist seit fast 20 Jahren mit und ohne CDU in Regierungsverantwortung. Olaf Scholz ist fast vier Jahre Vize-

kanzler. Und vielleicht bald Kanzler. Die CDU hat verloren, könnte aber eine Koalition für eine Wahl ihres Spitzenkandidaten ins Kanzleramt „schmieden“. Königsmacher sind die Grünen zusammen mit den Marktradikalen und freiheitlichen Egoisten. Aber die Könige werden wieder aus den Reihen der Parteien kommen, die für die Probleme mitverantwortlich sind, die sie jetzt lösen wollen. Ein Ruck – so nötig er ist – wird das nicht werden, fürchte ich. „Was wir haben, behalten wir gerne“, ist das Interview mit dem Politikwissenschaftler Hendrik Träger überschrieben. Passt! Bertram Münzer, Gütersloh

Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt

Jetzt haben wir den Salat. Der Schwanz wedelt mit dem Hund im kommenden Erbfolgekrieg. Die zwei Kleinen bestimmen, was der Wahlsieger SPD machen muss. Ganz ärgerlich ist, dass die Steigbügelhalter der CDU – in Baden-Württemberg die Grünen und im Bund mit der Verweigerung einer Jamaika-Koalition die FDP – jetzt das Heft in der Hand haben. Sähra Wagenknecht hat recht: Die Lifestyle-Linke hat den Kontakt zur Bevölkerung verloren. Damit hat Scholz auch sein größtes Pfand, nämlich die Option Rot-Grün-Rot verloren. Mit dieser Koalition wäre ein echter Neuanfang möglich gewesen. Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt könnte sich anbahnen. Die CDU, der große Wahlverlierer, wird wie im Baden-Württemberg auch im Bund ihre Seele verkaufen, Hauptsache regieren. Wer dem Wahlsieger den Anspruch auf Regierungsbildung abspricht, zeigt im Nachhinein, dass das Wahlergebnis die Richtigen getroffen hat. Gerhard Oberlader, Mössingen

Kleiner Tipp für Christian Lindner

Lieber Herr Lindner, bevor Sie in den Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen Ihre Gebetsmühle anwerfen, um die Vermögenssteuer zu verteufeln, sollten Sie in unser Grundgesetz schauen, wo es im Artikel 14 Abs. 2 heißt: „Eigentum verpflichtet.“

Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Diese sozialetische Forderung, die es auch in der Weimarer Verfassung gab, ist übrigens gut 2000 Jahre alt: „Wir sollen den gemeinsamen Nutzen des Eigentums in den Mittelpunkt stellen und durch gegenseitige Leistungen, durch Geben und Nehmen, ferner durch Fachkenntnisse, Hilfeleistung und materielle Mittel das Band der Menschen untereinander knüpfen.“ Das fordert der römische Politiker Marcus Tullius Cicero in seiner Schrift „De officiis“.

Helfen sie mit, das Band der Menschen untereinander zu knüpfen, anstatt die Gesellschaft immer weiter zu spalten!

Werner Fröhlich, Altenstadt

Ob der Söder den Laschet in den Arm nehmen würde?

Baerbock hat Fehler gemacht. Habeck wird sich mächtig geärgert haben. Am Tag nach der Wahl, vor ihren Parteimitgliedern, die sich im Wahlkampf abgerackert haben, gesteht sie ihre eigenen Fehler zu und auch die Enttäuschungen für alle. Habeck steht neben ihr. Später dankt er ihr für ihren Einsatz im Wahlkampf, sie habe ein Löwenherz. Baerbock überkommen die Emotionen, Habeck nimmt sie kurz in den Arm. Laschet hat Fehler gemacht, und Söder? Beim ersten Auftritt am Wahlabend fehlt er. „CDU und CSU, wir kämpfen zusammen ...“ Söder ist auch in Berlin, gibt eine eigene PK, irgendwo auf dem leeren Flur. Gespenstisch. Dass er Laschet mal in den Arm nimmt, mag/kann ich mir nicht vorstellen. Und beider Parteien nennen sich christlich.

Konrad Wich, Frankfurt

Gedankenlosigkeit oder bewusste Missachtung?

Der falsch gefaltete Wahlzettel eines Berufspolitikers ist entweder gedankenlos oder eine Missachtung unseres Wahlrechts. Beides schließt das Kanzleramt aus. Wenn schon Jamaika, dann mit Habeck als Kanzler.

Manfred Alberti, Wuppertal

Diskussion: frblog.de/wahl-21

Klimaretting braucht visionäre Politik

Zu: „Viel Saft für E-Autos“, FR-Wirtschaft vom 16. September

Joachim Willes Hinweis auf die notwendigen Strommengen zur Klimaretting ist überfällig. Der „Saft“ für E-Autos ist nur ein Teil des Problems. Die derzeit stark geförderten Wärmepumpen mutieren im tiefen Winter zu Stromheizungen. Hinzu kommt industrieller Strombedarf. Das ab 2009 angeschobene Projekt Desertec sollte riesige Strommengen aus nordafrikanischen Wüsten liefern, wurde aber nach Einschätzung von Insidern 2014 der Kraftwerkslobby geopfert, die billige Konkurrenz fürchtete. Altmaier (CDU), Westerwelle und Rösler (FDP) zogen sich als

Konzernknechte zurück. Altmaier leugnete noch jüngst den Bedarf. Von keiner der großen Parteien fand ich im Wahlkampf das Erfolg versprechende Wüstenstromprojekt erwähnt.

In Wüsten gibt es kaum bürokratische Hürden. In Parabolrinnenkraftwerken kann preiswertester Strom produziert werden. Hochtemperaturölspeicher sorgen auch nachts für Strom aus Dampfkraft, der mit verlustarmer Gleichstromtechnik nach Europa geleitet wird. Vor Ort kann grüner Wasserstoff produziert werden. Die bei uns entwickelte Technik dazu kann Kohlearbeits-

plätze lange vor 2038 ersetzen. Die afrikanischen Arbeitsplätze verringern den Fluchtdruck.

All diese Neuerungen werden massig Arbeitsplätze schaffen. Geld ist kein Problem: Die Megareichen aller Länder lechzen nach Geldanlagen mit sicherer Rendite. Sie müssen nicht mehr in Betongold investieren und Wohnungpreise durch die Decke treiben. Wenn sie nicht anbeißen, können Staaten das Geschäft machen. Klimaretting bedeutet nicht nur sauren Politick. Es braucht visionäre Politik, die sie konkret umsetzt.

Friedrich Gehring, Backnang